

Hilfskräfte für die Volkszählung. Pensionierte Beamte der Gemeinde Wien können bei der Volkszählung als Revisoren und Hilfskräfte ab 1. Dezember 1. J. durch 30 bzw. 48 Arbeitstage (von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends) mit entsprechender Mittagspause) Verwendung finden. Entlohnung für die Hilfskräfte voraussichtlich 300 K für den Arbeitstar. Anmeldungen schriftlich bis längstens 31. Oktober 1. J. in der Direktion des Konskriptionsamtes, Wien, I., Neues Rathaus.

Strassen- und Wanderhandel in Wien. Der Magistrat hat seit langem die Wahrnehmung gemacht und vergebens bekämpft, daß die öffentlichen Verkehrswege immer mehr von Händlern in Anspruch genommen werden, so daß sich an vielen Stellen förmliche Winkelmärkte gebildet haben und der Passanten- und Fuhrwerksverkehr so hindert wird. Die meisten dieser Standhalter sind lediglich zum Feilbieten im Umherziehen mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft berechtigt und ihre Bekämpfung erwies sich vor allem deshalb als schwierig, weil naturgemäß ein Handel im steten Herumwandern nicht möglich ist. Der Magistrat hat sich daher entschlossen, den bisher befugten Wanderhändlern gegen Einhaltung bestimmter verkehrs-, markt- und gesundheitspolizeilicher Vorschriften Standplätze anzuweisen, neue Standplätze aber nur mehr Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen und sonst minder Erwerbserfähigen zuzuweisen. Um aber die Umwandlung der Wander- in Strassenhändler herbeizuführen und das Auftreten neuer ungefügter Standhalter hintanzuhalten, wurde vom Magistrat als politischer Landesbehörde ein Verbot des Feilbietens im Umherziehen auf der Strasse mit land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassen. Nach Ueberführung der bestehenden Wanderhändler auf Standplätze wird gegen die unbefugten Standhalter strenge vorgegangen werden.

Todesfall. Dienstag, den 11. Oktober 1921 verschied in Ulrichskirchen der Nestor der Lehrerschaft des Bezirkes Floridsdorf-Umgebung, Johann Senger, Volksschuldirektor i. R., im 81. Lebensjahre. Das Leichenbegängnis findet Freitag, den 14. ds. um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr ^{vpm} Trauerhause Nr. 221 statt.

Brückensperre. Infolge Montierungsarbeiten wird die Floridsdorfer Donaubrücke am Dienstag, den 18., Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. ds. M. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittag für den Verkehr vollständig abgesperrt. Daran schliesst sich eine teilweise Absperrung der Brücke auf die Dauer von voraussichtlich 10 Wochen in der Zeit von $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags bis $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittag, während welcher Zeit die Strassenbahn nur eingleisig, die Fuhrwerke nur in der Richtung Wien-Floridsdorf verkehren dürfen.

Kraftstellwagentarif. Die neuen Fahrpreise der städtischen Kraftstellwagen treten am Samstag, den 15. Oktober d. J. bereits in Kraft. Der Umtausch der Vorverkaufsfahrscheine des früheren Tarifes erfolgt ab Freitag, den 14. ds. in der Kartenabgabekasse am Stefansplatz.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

An Stelle der Frau GR. Wosnicak (Soz. Dem.), welche ihr Mandat zurückgelegt hat, ist GR. Leopold Ruthner erschienen, welcher die Angelobung leistet.

Gespendet haben: Direktor Louis Reed, für die Armen Wiens 10.000 K.

Heinrich Vulkan, XIII., für die Armen des XIII. Bezirkes 5000 K.
Die Gemeinde Gaming für wohltätige Zwecke 1000 K.

VB. Emmerling referiert über die Zuwendungen an die im Kollektivvertrag stehenden Funktionäre, Bediensteten und Arbeiter der Strassenbahnen- und Kraftstellwagenunternehmung und über die sich hieraus ergebende Regulierung der Fahrpreise auf der Strassenbahn, den Kraftstellwagen und der Autostälwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf, als Bedeckung für die Zuwendungen an die Angestellten. Die Teuerungszulage für die Funktionäre, Professionisten, Lokomotivführer etc. sollen um 3.500 K monatlich, für Schaffner, Fahrer, qualifizierte Hilfsarbeiter, Bahnwächter, Chauffeure, Heizer etc. um 3000 K, für Hilfsarbeiter, Bahnhofbedienstete, Weichenwärter, Pferdewärter, Kanzleidner etc. um 1500 K, für Frauen um 1000 K und für Laufburschen um 600 K monatlich erhöht werden. Hierzu kommt eine Erhöhung der Ueberstundenentlohnung, eine 150%ige Erhöhung der Qualifikationszulage der technischen Funktionäre, eine 50%ige Erhöhung der Verwendungszulagen für Funktionäre und die Erhöhung des Zehrgeldes von 17 auf 70 K. Durch diese Massnahmen werden die Angestellten der Strassenbahnen mit den Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke gleichgestellt. Die Mehrkosten, die durch diese Zuwendungen entstehen, betragen, die Steuern eingegriffen, rund 650 Millionen Kronen, die für die Funktionäre mit Einbeziehung der Verwendungszulage 108 Millionen Kronen. Diese Mehrbelastungen müssen durch Tarifregulierungen hereingebracht werden, da es unmöglich ist, andere Gelder zur Deckung eines Getarungsabganges bei der Strassenbahn in Verwendung zu ziehen. Hierbei müsse damit gerechnet werden, daß die Strassenbahn ein Unternehmen ist, das derart in das Wirtschaftsleben der Stadt einverleibt ist, daß jede nicht berechnete Erhöhung bekämpft werden müsste. Auf Grund des Voranschlages für das zweite Halbjahr 1921 war mit einem Fehlbetrag von 92 Millionen Kronen für das Jahr gerechnet worden. Aber schon ein paar Wochen nach Fertigstellung des Voranschlages musste mit höheren Beträgen, als sie in diesem vorgesehen waren, gerechnet werden. Auf Grund von damals gewährten Zuwendungen hat sich der Abgang auf 145 Millionen Kronen erhöht, wozu ein alter Abgang und die Kursverluste mit 130 Millionen Kronen, zusammen also 1.075 Millionen Kronen kommt. In Betracht zu ziehen sei hierbei auch die Erhöhung des Stromes von K 1.20 auf K 2.40, was 60 Millionen Kronen ausmache, die Erhöhung der gleitenden Zulage für September mit 230 Millionen Kronen und die Erhöhung der gleitenden Zulage für Oktober, die nicht präliminiert werden konnte, so daß sich eine Mehrausgabe durch die gleitende Zulage von 400 Millionen Kronen ergibt. Die Mehrbelastung aus dem Titel der Personalbezüge bis 24. Oktober 1921 ergibt 1657 Millionen Kronen, an Ausgaben für Materialien 300 Millionen Kronen, für Strom 130 Millionen Kronen, für die Brotaufgabe 45 Millionen Kronen, der Zinsendienst für die Auslandsanleihen eine Reserve von 200 Millionen Kronen und eine Reserve an Auslagen von 120 Millionen Kronen, wozu noch der Umstand komme, daß die Tarifierhöhung erst ab 24. Oktober in Kraft

treten kann, die erhöhten Bezüge und die gleitende Zulage aber schon viel früher bezahlt werden mussten. Die gleitende Zulage für September beträgt 25 Millionen Kronen, für den Oktober 9 Millionen Kronen, die Zuwendungen an die Bediensteten ab 1. Oktober 41 Millionen Kronen, an die Beamten 15 Millionen Kronen. Es ergibt sich demnach ein Mehraufwand von 2577 Millionen Kronen, der zu decken ist. Die Erhöhung der Fahrpreise um 60% ergibt ohne Berücksichtigung eines Frequenzabfalles einen Mehrertrag von 2428 Millionen Kronen. Wenn man bei dieser Fahrpreiserhöhung bei einer Jahresfrequenz von 475 Millionen Fahrgästen einen durchschnittlichen Abfall von 9% in Rechnung stellt, so ergeben sich ungefähr 46 Millionen Fahrgäste weniger und dadurch auch nicht nur ein Minus im Mehrertrag, sondern ein Minus im Ertrag überhaupt. Bei Einführung des Zonentarifes würde sich aber für die Fahrgäste eine unerträgliche Mehrbelastung ergeben, denn rechnungsgemäss müssten für die erste Zone K 9.-, für zwei Zonen K 15.-, für drei Zonen K 27.- und für mehr als drei Zonen K 33.- für die Fahrt bezahlt werden. Wenn gesagt wurde, dass die neuen Tarife nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und unsozial seien, so müsse auch darauf verwiesen werden, dass der Zonentarif nicht von der jetzigen Mehrheit, sondern schon früher aufgelassen wurde, und dass der jetzige Tarif keinen Einheitstarif vorstellen. Der Tarif trägt nicht nur dem Wirtschaftsleben sondern auch jenen Schichten der Bevölkerung Rechnung, die die Frequenz der Strassenbahn ausmachen, nämlich jener, die früh, mittags und abends die Strassenbahn benützen. Auch sonst sind im Tarife Massnahmen getroffen, es sei nur auf die Nachtlinien verwiesen, ^{arbeitende} dass die Bevölkerung nicht zu sehr von der Tarifierhöhung getroffen wird. Es werden auch für vier Lehrzüge Hin- und Rückfahrten freigegeben, was im Jahre über 3 Millionen Fahrten ausmacht. Bei der Stellwagenunternehmung ist ein Mehraufwand von rund 2.9 Millionen Kronen zu verzeichnen. Man rechnet hier mit einem starken Frequenzabfall bei Inkrafttreten des neuen Tarifes. Bei dieser Unternehmung komme auch in Betracht, dass sie die Bediensteten des alten Stellwagenbetriebes angelastet hat, die das Unternehmen mit einer ganz bedeutenden Ausgabe vom ersten Tage der Betriebsführung an, belastet sind.

G.R. Erntner (Deutschnational) erklärt seine Partei werde für die Erhöhung der Bezüge stimmen, gleichzeitig stelle er aber den Antrag dass auch eine Erhöhung der Pensionistenbezüge Platz greife. Bezüglich der Fahrpreiserhöhung wünscht Redner die Einführung von Arbeiter-Wochenkarten. Ferner gibt er seiner Meinung Ausdruck, dass, da die Erhöhung des Fahrpreises eine indirekte Steuer bedeute, auch die Besitzer von Automobilen und anderen Fuhrwerken sowie die Benützung des Lohnfuhrwerkes in irgendeiner Form zu dieser Steuerleistung im Interesse der städtischen Strassenbahn herbeigezogen werden sollen. Auch für die Erhöhung der Fahrpreise werde seine Partei stimmen, da es nicht angehe einerseits Ausgaben zu bewilligen und andererseits die Bedeckung hierfür zu verweigern.

Frau G.-R. Wielsch (Christl. Sozial) meint, dass die Gemeinde Wien der Bevölkerung wenn schon die Erhöhung der Fahrpreise notwendig sei, dadurch ein Entgegenkommen beweisen solle, dass sie die Giltigkeit der Tagesfahrtscheine von 9³⁰ bis 10 Uhr abends erstrecke und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Ferner gibt sie die Anregung neben den bereits bestehenden Schülerkarten noch eine zweite Stufe ermäßigter Schülerkarten einzuführen.

G.R. Ellend (Christl. Sozial) stellt nach längerer Begründung den Antrag, die im Tarif vorgesehenen Vorverkaufskarten vom Betriebsbeginn bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr nachts anstatt mit 15 Kronen mit 14 Kronen abzugeben.

G.-R. Klimesch (Tscheche) wirft den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten vor, dass sie jede Wirtschaftsfrage rein parteimässig behandeln und nicht daran denken den wirklichen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen. Eine Partei schiebe der andern die Schuld an der gegenwärtigen katastrophalen Gestaltung der Wirtschaftslage zu- Und in dem Streit um die Schuld sehen alle politischen Parteien dem Verfall tatenlos zu. Die Reichen, das ganze Gemängsel von Schieber und Parasitentum bleibt unbehelligt. Warum werden nicht diese besitzenden Klassen zu einer stärkeren Steuerleistung herangezogen. Mit Entschlossenheit, Härte und wenn nötig mit Gewalt könnte auf diesem Wege eine Sanierung herbeigeführt werden. Auch bei den vorgeschlagenen Tarifierhöhungen zeigt es sich, dass die Hauptlasten wieder den Aermsten aufgebürdet werden sollen, anstatt die Wohnhabenden Schichten zum ausgiebigen Zahlen heranzuziehen. Redner erklärt, nur durch eine Anstufung der ^{Fahr-}Preise auf der Elektrischen nach den persönlichen Einkommen des Einzelnen wäre die Tarifierhöhung sozial gerecht. Die Bevölkerung könnte in fünf Gruppen eingeteilt und die Zugehörigkeit jedes Einzelnen durch amtliche Legitimationen gesichert werden. Deswegen schlage er vor, Kinderfahrtscheine mit 3 Kronen, Schülerkarten mit 5 Kronen für die 1- Gruppe der Erwachsenen mit 10, für die 2- mit 15, für die 3- mit 25, für die 4- mit 50 und für die 5- Gruppe mit 100 Kronen abzustufen. Da er aber nach den bisherigen Erfahrungen annehme, dass dieser Antrag keine Aussicht auf Zustimmung der Mehrheit habe, weil hier nur fertige Beschlüsse einfach zu genehmigen sind, in weiterer Erwägung dass diese Vorlage keinen Unterschied zwischen Bettlern und Millionären macht, erlaube es ihm seines sozialen Gewissens nicht, dafür zu stimmen.

G.R. Hies (Soz. Dem.): Wir alle wissen, dass es wirklich nur die Not ist, die die Gemeindeverwaltung zwingt, die Strassenbahntarife dem Fallen der Krone anzupassen. Wir sehen nun, dass kinderreiche Familien nicht mehr in der Lage sind, infolge des erhöhten Fahrgeldes den Sonntag zu Ausflügen in den Wienerwald zu benützen. Wir sehen auch, dass viele Mütter mit ihren kranken Kindern in die Spitäler fahren müssen. Ich bin daher der Meinung, dass wir den Ärmsten Schichten der Bevölkerung entgegenkommen könnten, indem wir die Gebühr, die für Kinder zu bezahlen ist, den bestehenden Zuständen auf den Bahnen angepasst werde, und stelle daher den Antrag, dass Kinder bis zu 4 Jahren von der Bezahlung des Fahrpreises befreit sind, unter der Bedingung, dass für sie kein besonderer Platz beansprucht werde.

Ankunft des letzten schwedischen Kinderzuges. Heute vormittags kam am Stadtbahnhof Meidling der letzte Kinderzug aus Schweden an. Zum Empfang der Kinder hatten sich die schwedische Gesandte Exzellenz Oskar Ewerlöf, eine Anzahl Mitglieder der schwedischen Mission, und die Leiterin der Tagesheimstätten Frau Leitner und in Vertretung des Bürgermeisters amföhrenden Stadtrat Professor Tandler eingefunden. Vor dem versammelten Eltern dankte Frau Leitner im Namen der Kinder, Professor Tandler im Namen der Stadt Wien und ein Vertreter der Eltern im Namen dieser den schwedischen Kinderhilfskomitee herzlich für die vielen Hilfeleistungen, die das schwedische Volk der Bevölkerung Wiens angedeihen ließ. Exzellenz Ewerlöf hielt eine kurze Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß durch diese Aktion die Verbrüderung zwischen dem schwedischen und österreicherischen Volke ganz besonders gefördert worden sei. Die Ansprachen der einzelnen Redner wurden von den Anwesenden beifällig aufgenommen.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn diese großzügige Aktion, die für heuer mit der Ankunft dieses Kinderzuges abgeschlossen ist, auch im nächsten Jahre eine Fortsetzung finden würde. Ganz gewiß wäre dies im Interesse der Wiener Kinder notwendig.

G.R. Feldmann (Deutschnational) wünscht, daß bei Regulierungen der Bezüge von Angestellten auch die Bezüge der Pensionisten gleichzeitig geregelt werden. Redner spricht sich für eine Verdichtung des Verkehrs der Straßenbahn in den Früh- Mittag- und Abendsstunden aus und urgiert seinen Antrag wegen Verlängerung der Linie F und der Schaffung einer Verbindung ~~zwischen~~ Wersthoß und Dornbach. Wenn der Referent in seinen Ziffern auch die Brotaufgabe angeführt habe, so bewiese dies, daß die Gemeinde auch den auf diese Post entfallenden Betrag auf die Fahrgäste der Straßenbahn überwälze, daß also auch die Pfündnerin, die Kranken und die Schulkinder die Brotaufgabe der Gemeinde mitzahlen müssen, welches Vorgehen zeige, wie weit das System der Ueberwälzungen führe.

G.R. Wawerka (Christl. Sozial) sagt, daß die Straßenbahndirektion mit den Anweisungen für die Kinder, die Pflichtschulen besuchen, unglaublich sparsam umgehe. Es gehe nicht an, daß die Gewährung von ermäßigten Fahrkarten für Schulkinder von einem Monatseinkommen des Familienerhalters von 10-000 Kronen und eines Familienmitgliedes mit 2500 Kronen abhängig gemacht werde. Diese Einkommensgrenze müge erhöht werden. Redner bemängelt, daß die Straßenbahn im Gegensatz zu den Bundesbahnen und zur Landesbahn den Jugendwanderern an Sonntagen keine Ermäßigung gewährt. Er kritisiert, daß von der Straßenbahn-Direktion die von den Schulleitungen eingereichten Mitteilungen der Lehrausflüge nicht eingehalten werden, sondern daß die Direktion Abänderungen sowohl in den Tagen wie auch in den Stunden vornimmt, was zu vielen Schreibereien und unnötigen Zeitvergeudung Anlaß gebe.

GR. Skarek (Soz. Dem.) erklärt, wenn man von der Vorlage nichts anderes wüsste, als daß die Erfordernisse für die Gehaltsregelung 1700 Millionen ausmachen, und das Gesamterfordernis 2.500 Millionen beträgt, dann müsse es für den einzelnen selbstverständliche Pflicht sein, die Frage nach der Bedeckung dieser Summen aufzuwerfen. Es ist richtig, wie ein Christlichsozialer Redner sagte, daß der Bevölkerung durch die Tarifierhöhungen schwere Lasten auferlegt werden. Aber GR.

Ellend hätte diese Rede den christlichsozialen Landwirten halten sollen. Das Hinaufschnellen der Lebensmittelpreise ruhig mit ansehen, aber gegen die daraus folgenden Verteuerungen zu wettern, sei keine aufrichtige Politik. Am unserm Elend trägt hauptsächlich die Geldentwertung schuld, nach welcher heute ein Friedensheller zwei Kronen wert ist. Wenn man auf Grund dieser Kalkulation die Fahrpreise der Elektrischen beurteile, dann koste heute eine Fahrt nach dem neuen Tarif 8 Friedensheller. So billig ist man ja auch in den Zeiten der christlichsozialen Herrschaft auf der Strassenbahn nicht gefahren. Die Einkommensverhältnisse haben mit der Teuerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel nicht gleichen Schritt gehalten. Vergleiche man den Preis eines Kilogramm Kraut in der Vorkriegszeit, der 12 Heller Betrag, so konnte man mit diesem Geld eine ganze Zone fahren, während jetzt ein Kilogramm Kraut 72 Kronen kostet. Wieviel Fahrten kann man mit diesem Geld auf der Elektrischen unternehmen? Diese und ähnliche Vergleiche müsse man sich vor Augen halten. Es sei zu verstehen, daß die Opposition gegen die jetzige Mehrheit eine lebhaftige Agitation führt, denn die Opposition braucht ja diese Agitation, es ist ihr Lebenserwerb. (Heiterkeit rechts. GR. Kunschak: Er spricht aus Erfahrung!) Aber in der gegenwärtigen Zeit eines solchen Tiefstandes unserer Krone gegen die Fahrpreis noch zu sprechen, das ist unbegreiflich. Wenn die Christlichsozialen an der Herrschaft wären, würden sie gewiß heute nicht bei dem Fahrpreis von 16 K halten, sondern wahrscheinlich dem Tiefstand der Krone angemessen, mit der Erhöhung der Tarife vorgehen. Der von den Christlichsozialen immer wieder vorgeschlagene Zonentarif würde eine soziale Ungerechtigkeit bedeuten. Denn man müste den weiter Wohnenden einen höheren Preis vorschreiben, als den in den Stadt- und Mittelständlerbezirken Wohnenden Menschen. Wie käme der Prolet/aus dem äußern Bezirk dazu, gegenüber den Bewohnern der Inneren Stadtbezirke die Hauptlasten der Tarifierhöhung zu tragen. Zum Schlusse bitset der Redner, die Opposition möge den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragen, anderes verlange die Majorität nicht.

G. Kunschak (Christlichsozial) Es wäre ein müßiges Gerede, wenn man versuchen wollte, nachzuweisen, daß eine Erhöhung der Straßenbahntarife überhaupt nicht zulässig ist. Wir streiten auch nicht mit ihnen über die Frage ob eine Tarifierhöhung überhaupt zulässig ist, sondern nur darüber, ob die Tarifierhöhung das einzige Mittel ist, um den Haushalt der Straßenbahn in Ordnung zu bringen, und ob das Ausmaß der Tarifierhöhung in den Verhältnissen überhaupt begründet ist. Sie machen sich die Arbeit zu leicht, sie teilen einfach die Mehrkosten auf die Fahrkosten auf. Es wurde auch auf den Tiefstand der Krone verwiesen und die christlichsoziale Regierung der Mitschuld bezichtigt. Sie müssen die Geschichte der Republik und die Bewertung der Krone als eine Einheit auffassen, und nicht mit dem Tage da Dr. Renner aufhörte Staatskanzler zu sein, beginnen. Am Tage der Proklamierung der Republik wurde die Krone in Zürich mit 38 bewertet, und an dem Tage da Dr. Renner aus dem Amte schied mit 2.8. Seit der Christlichsozialen Regierung ist sie von 2.8 auf 0.19 zurückgegangen. Wenn siendie Entwicklung vergleichen, werden Sie finden, daß unter der Kanzlerschaft des Dr. Renner die Krone den schnellen Sturz erlebte und daß nun nurmehr der Abbröckelungsprozess wie bei einer Ruine erfolgt. Den Umfang dieser Tarifierhöhung bestreiten wir, und es wird eingewendet, wir sollen ein anderes Mittel angeben. Zunächst haben wir als Opposition das Recht, daß Sie uns die Richtigkeit Ihres Standpunktes beweisen.

Recht, das Sie uns die Richtigkeit Ihres Standpunktes beweisen.

Die Ziffer die uns der Herr Referent angeben hat sind wage Ziffern das sind lauter Sachen des Ermessens, Beweiskraft liegt gar keine darin. Wir wollen aber Beweise, daß die Erhöhung in diesem Umfange notwendig ist. Darauf ist uns der Herr Referent bzw. die Direktion der Straßenbahnen die Antwort schuldig geblieben. Ueber das Resultat der bisherigen Erhebungen hört man auch kein Wort. Wir müssen also sagen, der Bericht ist in gar keiner Weise gelegt und Sie können von niemanden der es mit seiner Gemeindepflicht ernst meint aber schon gar nicht von einem Mitgliede der Opposition verlangen, daß es Ihnen auf die schönen Augen des Herrn Direktors Spängler oder Vizebürgermeisters Emmerling hin, die Tarife bewilligt. Weil man uns die Begründung unterlassen hat, können wir für diese Anträge nicht stimmen. Redner sagt sodann, wenn er für den Zonentarif spreche so weine er nicht den früheren bereits abgesetzten Zonentarif sondern ^{für} die kurzen Radialstrecken ohne Umsteigeberechtigung sollten billigere Kartenausgaben werden, daß würde der Straßenbahn große Einnahmen erzielen. Ferner wünscht der Redner, daß bei der Straßenbahn kaufmännisch gearbeitet werde. daß habe der Berliner Straßenbahn in einem Jahre von 20 Millionen Mark Defizit zu 6.5 Millionen Mark Reingewinn verholfen. Diese Tatsache sei so verblüffend, daß man sie gar nicht glauben könnte, wann nicht amtliche Berichte darüber vorlägen. Die den Berliner Gemeinderat regieren, fährt Redner fort sind doch Ihre Parteigenossen, lernen Sie doch von Ihren Genossen in Berlin. Aber Sie wollen durchaus den Beweis erbringen, daß Sie die Gescheitesten sind. Ich will noch den Beweis erbringen, daß Sie mit all' diesen Tariferhöhungen eigentlich doch die Defizitwirtschaft nicht beheben. Der Fahrplan ist zweifellos viel zu weitmaschig. Auch bezüglich der Befriedigung des Reinlichkeitsempfindens haben wir ein Defizit. Der Wagenpark befindet sich in einem unerhörten Zustande. Das schwerste Defizit aber liegt im Mangel an sozialen Empfinden. Es ist unmenschlich, was Sie mit den Altpensionisten treiben. Heute mutet man Leuten zu, mit 1800 Kronen in Wien zu leben. Den in Ausland lebenden Pensionisten verweigern Sie die Teuerungszulage und in der Tschechoslowakei wird Ihnen die Pension mit 10 tschechischen Kronen ^{monatlich} ausgezahlt. Leute die 13.000 Kronen Einnahmen hatten schicken Sie mit 3.000 Kronen in Pension. Und da verlangen Sie noch Berufsfreudigkeit. Die Pensionsverhältnisse sind heute schlechter als sie zur ^{zur} berechtigtesten Zeit des Reizes waren.

In den sozialdemokratischen Finanzplan wird auch vorgeschlagen, die Staatsunternehmungen in gemeinwirtschaftliche Anstalten umzuwandeln. Was die Mehrheit im Staate wünsche, wende sie merkwürdigerweise im eigenen Wirkungskreise nicht an, denn es sei von der Mehrheit noch nie der Vorschlag gemacht worden, die Straßenbahn zu entkommunalisieren und in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt umzuwandeln. Die Christlichsozialen sind nicht gegen die Erhöhung der Tarife an sich, aber sie sind der Meinung, daß die beantragte Höhe unbegründet ist, es fehlen ihr die Unterlagen, um mit ruhigem Gewissen dieser Vorlage zuzustimmen, sie werden daher die Zustimmung verweigern und der Mehr-

heit die Verantwortung für dieses saloppe Werk überlassen.

GR. Pollack (jüd.nat.) bezeichnet es als das Verdienst des Finanzreferenten, daß gegenwärtig im Stadthaushalt kein Defizit herrscht. Diese Tatsache sei besonders im Hinblick auf die großzügigen Arbeiten und wirtschaftlichen Werke, welche die Gemeinde auszuführen gedenkt, von großer Bedeutung. Die Gemeinde werde, da im Stadthaushalt Ordnung herrsche, für die zu investierenden Summen, leichter Auslandskredite bekommen. Ein Verdienst der sozialdemokratischen Partei sei es auch, daß sie als oppositionelle einen Finanzplan vorlegten, und damit zur aktiven Mitarbeit sich bereit erklärten. Die Republik Oesterreich befinde sich in einem Zustande, der die Zusammenfassung aller Kräfte unerlässlich macht. Deswegen begrüße es Redner mit Freuden, daß Finanzminister Dr. Gürtler den Dr. Rosenberg, der ein Jude ist, als Mitarbeiter nicht entbehren kann. (Heiterkeit. Rummelhardt: Deshalb haben Sie sich also zum Worte gemeldet?) Mir ist Dr. Rosenberg persönlich ganz unbekannt, nur weiß ich, daß er ein gescheiter Mensch ist. Die Christlichsozialen stehen aber auf dem Standpunkte, daß sie auf die Juden schimpfen müssen. Ich begrüße es daß die Führer der Christlichsozialen doch so vernünftig waren, in diesem Falle nicht an die Konfession zu denken. (Reismann: Hausjuden haben sie aber immer gehabt!) Man wird den Dr. Rosenberg zum außerordentlichen Minister und bevollmächtigten Gesandten ernennen und dann kann in das Finanzministerium delegiert werden. Ich bin darüber informiert, daß diese Dummheit auf das Konto der Herrn Großdeutschen zu setzen ist. Gegenüber der Behauptung des GR Kunschak, daß die Stadt Berlin ursprünglich ein Defizit von 20 Millionen Mark hatte und jetzt kein Defizit mehr habe, bemerkt Redner, man dürfe nicht vergessen, daß die deutsche Kohle im dritten und vierten Quartal des Jahres 1920 ^{teurer} /gewesen und schon im ersten Semester 1921 billiger geworden ist. In Wien jedoch lagen die Verhältnisse infolge des Kurswertes der Krone ganz anders. Die Kohle ist hier jetzt viermal so teurer geworden. Das einzige Mittel unserem Wirtschaftsleiden aufzuhelfen, wäre eine Verbesserung der Valuta. Zu dem Sinken der Krone haben auch politische Vorkommnisse beigetragen. Darunter die Behandlung der westungarischen Frage im Nationalrat. In der feierlichen Sitzung, in der die Inkorporierung des Burgenlandes begrüßt wurde, ist ein deutschnationaler Abgeordneter aufgestanden und hat erklärt, wenn der Anschluß an Deutschland kommen solle, werde man diese 350.000 neuen Volksgenossen der großen deutschen Völkerfamilie zuführen können. Diese Stelle der Rede wurde im amtlichen Bericht unterdrückt. Aber die Ungarn haben davon doch erfahren und sie nach Paris berichtet und man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Nachricht in Frankreich hervorgerufen hat. Das sind Unvorsichtigkeiten, wie sie in einer öffentlichen Körperschaft nicht vorkommen sollen. Die Verschlechterung unserer diplomatischen Situation in der westungarischen Frage ist auch durch diese Entgleisung mit verschuldet worden. Zum Schlusse erklärt Redner, seine Partei habe ein spezielles Interesse, die Stadtgemeinde aktiv zu erhalten und aus diesem Grunde werde sie für die Tariferhöhung stimmen.

In seinem Schlusswort erwidert der Referent auf die in der Debatte gemachten Einwendungen und sagt, daß es nicht möglich sei Streckenkarten, wie sie Gemeinderat Kunschak vorgeschlagen hat zur Einführung zu bringen, da die Straßenbahn keine direkten Strecken befahre, sodaß am Ring andere Karten ausgegeben werden müßten. Was G.R. Kunschak von Berlin gesagt habe, sei dort vorläufig ein frommer Wunsch. Die Wirtschaftskommission, die genannt wurde habe zunächst den Grundsatz aufgestellt, daß jeder städtische Betrieb für seine Auslagen aufzukommen habe. Bei der Berliner Straßenbahn wurden 1600 Bedienstete mit 2000 Mark Abfertigung entlassen, von den 7 Direktoren der bestandenen Straßenbahnunternehmungen sind 2 übrig geblieben, und so sei hauptsächlich durch diese Maßnahmen das Defizit aus der Welt geschafft worden. In Berlin wurden auch Parallellinien aufgelassen und hierdurch Strom erspart.

In Wien habe man durch die Auflassung von Haltestellen 5 Millionen Kilowattstunden Strom, das sind rund 24 Millionen Kronen erspart. Durch die Einstellung von Parallellinien in Wien, wogegen man sich auf seiten der Minderheit wehren würde, würden 32 Millionen Kronen erspart werden. Die Gemeinde Wien habe es eben durch ihre Tarifpolitik dahingebracht, daß die Stadt das verhältnismäßig geordnetste Finanzwesen im Staate darstellt. Diese Politik werde auch beibehalten werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hieß angenommen, die anderen Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, die Tarif-erhöhungen und die Zuwendungen an die Straßenbahngestellten beschlossen.

Nach Berichten des VB. Emmerling werden folgende Beschlüsse ohne Debatte gefasst:

Die Erhöhung des satzungsmässigen Anlagekapitals der Studiengesellschaft „Untere Enns“ auf 4.300.000 K.

Beschaffung einer ~~Exzenterpresse~~ Exzenterpresse für die Unterstation Kaunitzgasse der städtischen Elektrizitätswerke.

Die Anschaffung von 15.000 Stück Elektrizitätszähler und 22 Stück Stromeswandler.

Erhöhung des Betriebsvorschusses des städtischen Brauhauses von 20 auf 50 Millionen Kronen.

Endlich eine Abänderung des Uebereinkommens mit der Bundesbahndirektion betreffend die Herstellung der Unterführung der Bundesbahnlinie im Zuge der Hirschstettenerstrasse im 21. Bezirk.

Weiters wird auf Antrag desselben Referenten die Erhöhung der Personalzulagen für Kontrollamtsbeamte ab 1. Dezember um 50% beschlossen.

GR. Hackl. (Soz. Dem.) legt die Bilanz des Rathauskellers für das mit 1. Juli 1919 beginnende und erst 30. Juni 1920 abschließende Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 700.000 K vor. Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Nach einem Bericht des GR. Iser (Soz. Dem.) wird die Baulinienbestimmung für das Siedlungsgebiet „Plankenböcker“ im 21. Bezirk genehmigt.

StR. Grünwald (Soz. Dem.) berichtet über den Antrag auf Einhebung einer Nachtragszahlung zuden Gebühren für die Hausgehilfenkrankenkasse pro 1921 und begründet diese Maßregel damit, daß bisher ein Defizit von 6.980.000 K entstanden ist, das bedeckt werden müsse.

Nachdem GRin. Wielzch (chr. soz.) aus prinzipiellen Gründen sich gegen diesen Vorgang ausgesprochen hatte, für die Einrechnung des Defizits auf die Gebührenleistungen des Jahres 1922 eingetreten war und die Anregung gegeben hatte, die Transportkosten erkrankter Hausgehilfen in das Spital aus den Mitteln der Krankenkassa zu decken, wird der Referentenantrag nach einer kurzen Entgegnung des Berichterstatters unverändert angenommen.

Dr. Tandler (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegskosten in den städtischen Versorgungsanstalten von 120 auf 130 Kronen pro Tag ab 1. August.

GRin. Kurzbaue (chr. soz.) beantragt, daß Pfründen die Taggelder der Pfründner derart erhöht werden, daß sie den Verpflegskosten, der in den Gemeindeanstalten untergebrachten Pflöglingen gleichkommt.

GR. Müller (chr. soz.) wünscht eine Kontrolle der Pfründner auf ihre Bedürftigkeit und beantragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die die Erhöhung der jetzigen Pfründen der Teuerung entsprechend vorsieht.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, daß eine solche Vorlage bereits den Gemeinderatsausschuss beschäftigt und daß sich die Gemeinde bemühen werde, das Los jener Menschen, die in keine Anstalten gehen, zu verbessern. Bezüglich der Anregung der Kontrolle der Pfründner teilt der Referent mit, daß bereits Veranlassung genommen wurde, die Empfänger von Pfründen einer Durchsicht nach ihrer Bedürftigkeit zu unterziehen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Kurzbaue und Müller der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der Antrag des Referenten angenommen.

Dr. Ueber Antrag des GR. Tandler wird die Nächtigungsgebühr des im städtischen Asyl untergebrachten Palästinawanderer für die Zeit vom 12. Mai bis einschliesslich 15. September 1921 von 60 bzw. 70 K ~~xxxxx~~ auf 35 K ermässigt.

GR. Dr. Tandler ~~xxxxx~~ beantragt die Bewilligung von Zuschußkrediten von 1920/21 für den Betrieb ~~xxx~~ städtischer Kinderheime und Waisenhäuser im Betrage von 1.857.000 K.

GRin. Gärtner (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Waisengelder auf 1300 K noch nicht überall durchgeführt sei, und richtet an den Referenten ~~xxx~~ Ersuchen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diese Erhöhung in kürzester Zeit rückwirkend durchgeführt werde.

GR. Dr. Tandler sagt, er werde der zuständigen Magistratsabteilung neuerdings den Auftrag geben, die Beamten in dieser Angelegenheit zu instruieren und bittet ihn alle Vorfälle mitzuteilen, ~~xxxxx~~ und er werde jederzeit zur Abstellung von Mißbräuchen das Nötige vorkehren. Der Referentenantrag wird soñann angenommen.

Nach einem Referate des StR. Richter werden die Kosten der Untere Ennsanlage auf dem Kontumazmarkt und Seuchenhofe im Betrage von 430.000 K nachträglich genehmigt.

Schliesslich wird nach einem Berichte desselben Referenten dem Ausgleichsvorschlage im Lieferstreit zwischen der Gemeinde Wien und der Firma West. Benz-Geggenau Gesellschaft wegen eines elektrischen Vorspannwagen und Sprengwagen ~~xxxxx~~ und die 264693 K Mehrkosten genehmigt.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.